

Kurzprotokoll zur Anhörung im Stadtrat am 10.10.2011

Nach unserem Vortrag vor dem Rat der Stadt (siehe auch Link: „Anhörung vorm Stadtrat“), gab es keine weiteren direkten Fragen.

Dr. Arentz vom Umweltamt der Stadtverwaltung hob die Wichtigkeit des Stromsparens hervor, um den Übergang zu 100% Erneuerbarer Energie (EE) zu erleichtern. Dies müsse durch eine direkte Ansprache der Bürger geschehen, eine Aufgabe die die Verwaltung übernehmen wolle. Grundlage hierfür sei das vorliegende „Vorweg“-Energiekonzept der Verwaltung, welches die notwendigen Personalressourcen und Gelder für die Verwaltung beschaffen solle. Herr Arentz betonte aber auch, dass ein endgültiges Energiekonzept derzeit noch nicht verabschiedet sei.

Herr Preuß von der RheinEnergie (RE) gab zu bedenken, dass die EE Ziele der Stadt München die Kölner sicherlich neidisch machen könnten, aber die Finanzierung in München überwiegend durch die Beteiligung (zu einem Viertel) am Atomkraftwerk ISAR 2 sichergestellt sei. Köln habe diese Finanzierungsmöglichkeit nicht und eine beschleunigte EE-Einführung würde die Profite der RE und deren Weitergabe an die Stadtkasse schmälern. Herr Preuß bot dennoch weitere Gespräche mit den Petenten an.

Herr Brust, RE-Aufsichtsratsmitglied der Grünen, erhielt das erste Wort für die Fraktionen. Herr Brust äußerte, er habe zwei sachliche Fehler im Bürgerantrag entdeckt, die im Vortrag jetzt herunter gespielt worden seien.

1)Kraftwerk in Merkenich: Er erläuterte, dass das bivalente Werk in Merkenich nur mit Braunkohlegranulat betrieben werden könne; Gas könne lediglich zum Vorheizen genutzt werden.

2)Gebäudedämmung: Herr Brust sagte, dass die RE keine Gebäude dämmen dürfe.

Man solle keine Zielsetzungen für die RE festlegen, wenn man nicht wisse, wie diese umgesetzt werden könnten. Köln habe kein Geld für eine beschleunigte Einführung der EE, es sei denn, die RE würde ihr Kapital aufstocken. Unsere Empfehlung, die Verantwortung für die Energieeffizienz auf die RE zu übertragen, bräuchte man nicht weiter zu verfolgen, diese Vorgaben kämen ohnehin von der EU.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann (SPD) beziffert die RE die heutige Eigenproduktion von EE auf knapp 10%. Die Versorgung der Haushalte in Köln und der Region sei heute bereits rechnerisch atomstromfrei.

Herr Schneider von der SPD äußerte, er habe volles Vertrauen in die Stadtverwaltung und die RE. Er beanstandete die lange Zeitspanne zwischen der Einreichung des Bürgerantrags und der Anhörung im Stadtrat, ohne dass die Petenten benachrichtigt worden seien, die viel Energie in den Bürgerantrag gesteckt hätten.

Nachfolgend wurde über den vorliegenden Beschlussvorschlag abgestimmt. Der Beschlussvorschlag, der leider keinen weiteren Handlungsbedarf vorsieht, wurde einstimmig angenommen, allerdings mit dem Zusatz bzw. der Anregung, dass zwischen der RE und den Petenten bzw. Umweltgruppen weitere Treffen stattfinden sollen.

Nach dem Treffen haben Dr Arentz und Herr Preuß persönliche Gespräche mit den Unterzeichnern angeregt.

Fazit: Die Anhörung war kein Dialog sondern eine reine Darlegung der verschiedenen Positionen. Allerdings wurden Kontakte hergestellt und Kommunikationsbereitschaft erklärt. Wir werden die Diskussion mit der Verwaltung und der RheinEnergie aufnehmen und den Dialog mit den einzelnen Fraktionen suchen.

Haupterkennntnis aber ist, dass laut RheinEnergie und den Grünen die RheinEnergie nicht schneller auf Erneuerbare Energie umsteigen kann, weil dazu das Geld fehlt. Dann fragt man sich aber, warum die Kölner Bürger_innen z B. bei der Juwi AG, der Millenium AG oder bei Naturstrom und Greenpeace-energy etc. die Energiewende mit Genusschein, Anleihen oder Beteiligungen vorantreiben können, dies aber bei der eigenen RheinEnergie nicht möglich ist. Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum und wie die RE weiterhin viel Geld in fossile Energie investieren kann.

Alfons Kloeck